

Eine grüne Agrarpolitik für die Zukunft

Meinungsbeitrag Schweizer Bauer, November 09

Wer in die Welt schaut, erkennt, dass die Liberalisierung der Märkte und der Raubbau an unseren natürlichen Ressourcen kein Zukunftsmodell ist. Bürgerliche Parteien, die diesen freien Markt immer noch als Lösung der Probleme und nicht als dessen Ursache sehen, untergraben auch das Fundament der Landwirtschaft. Das merken immer mehr Bauernfamilien. Wir Grüne haben uns immer für eine nachhaltige Landwirtschaft eingesetzt: Der Kampf für unser europaweit vorbildliches Gentech-Moratorium; die Landschaftsinitiative der Umweltverbände, die der Zubetonierung des Kulturlandes Einhalt gebieten will; die Klimainitiative der Grünen, die die erneuerbaren Energien fördert. Dazu gehört der Einsatz für den ökologischen Landbau, Erhaltung der fruchtbaren Flächen, freie Saatgutzucht, Zollschutz und die finanzielle Abgeltungen der Bauernfamilien für die gesellschaftliche Leistungen. Eine Landwirtschaft wie sie auch der kürzlich unterzeichnete Weltagrarbericht der UNO aufzeigt, um Hunger und Elend weltweit zu beugen.

An der Delegiertenversammlung vom 17. September haben die Grünen als erste Partei ein umfassendes agrarpolitisches Konzept vorgelegt, das 13 Forderungen für eine grüne Landwirtschaft definiert. Es kommt genau zur richtigen Zeit, denn die Landwirtschaft steht vor wichtigen Weichenstellungen im In- und Ausland. In der Schweiz ringen die Bauernfamilien mit dem Preiszerfall der Milch, das Parlament beschäftigt sich mit der Neuausrichtung der Direktzahlungen und der Verlängerung des Gentechmoratoriums und der Bundesrat ist in Verhandlung mit der EU über ein Agrarfreihandelsabkommen.

Die Grünen sind in den letzten 20 Jahren konsequent für eine nachhaltige Landwirtschaft eingetreten, die sowohl auf die natürlichen Ressourcen wie auf die Unterstützung der Familienbetriebe achtet. Wir Grüne haben uns immer gegen einen WTO-Freihandel gewehrt, der überall auf der Welt die bäuerlichen Strukturen und nationalen Märkte zerstört und landwirtschaftliche Produkte und in neuster Zeit auch fruchtbares Ackerland zu Spekulationsobjekte und globaler Marktware macht. Freihandel mit Agrarprodukten erzeugt weltweit mehr Verlierer als Gewinner. Die Gewinner sind meist die Industrie und der reiche Norden, die Verlierer die lokale Bevölkerung, die Bauernfamilien und die Selbstversorgung eines Landes. Daher wird auch der weltweite Ruf nach „Nahrungsmittelsouveränität“ immer lauter. Die Lebensmittelkrisen der vergangenen Jahre hat uns diesen Mechanismus drastisch vor Augen geführt: Sind die Grenzen offen, folgt sogar das Essen dem Geld. Das Landwirtschaftsdossier muss daher aus den WTO Verhandlungen herausgenommen und in die UNO überführt werden.

Die Grünen Delegierten haben aus diesem Grunde ein Resolution verabschiedet, wo sie Ernährungssouveränität statt Freihandel fordern. Sie lehnen somit auch den EU-Agrarfreihandel ab, wie er heute vorgesehen ist. Mit dem Agrarfreihandel öffnen sich die Grenzen und die Agrarprodukte (auch lebende Schlachttiere) werden dann wie in der ganzen EU mit unsinnigen Transporten auf der Strasse kreuz und quer dorthin gefahren, wo die Verarbeitung, der Handel oder der Verkauf am Günstigsten ist. Dies ist ein ökologischer Irrsinn, den auch die KonsumentInnen ablehnen müssen. Nachhaltige Produktion, schonende Verarbeitung in der Region und kurze Transportwege sind ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz.

Daher setzt die grüne Agrarpolitik auf einen möglichst hohen Selbstversorgungsgrad mit Grundnahrungsmitteln aus ökologischer und tierfreundlicher Produktion und auf die Förderung von regionalen Märkten, sowie der Stärkung regionaler Verarbeiter. Faire Preise und Direktzahlungen, die auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sind und die Förderung klimafreundlicher Lebensmittel, beispielsweise durch eine Energieetikette auf Lebensmittel oder einer Mässigung beim Fleischkonsum, sind weitere Forderungen.

Die Grünen werden die Forderung nach einer Allgemeinverbindlichkeit für die Milchmengenregelung unterstützen. Wir können dem Preiszerfall nicht zuschauen, den auch Milchbetriebe in den Abgrund reisst, die vernünftig produzieren. Selbst der Bio-Markt ist tangiert. Damit der Milchmarkt nachhaltig in Ordnung kommt, reicht die Allgemeinverbindlichkeit aber nicht. Es kommt auf die Art und Weise an, wie die Mengen reguliert werden. Eine lineare Kürzung der aktuellen Liefermengen wäre ungerecht. Sonst würden die zurückhaltenden Milchproduzenten bestraft. Die Direktvermarktung von Milch und Milchprodukten darf nicht eingeschränkt werden. Auch nicht erfolgreiche AOC-Käse oder Bio-Spezialitäten.